

Herr Sonntag erläutert, dass im Vorfeld seines Antrages die Anwohner der Straße „Im Sand“ bereits an die Verwaltung herangetreten seien mit der Bitte um Abhilfe der unzulänglichen Situation. Von Seiten der Verwaltung sei aber die Angelegenheit zum Stillstand gekommen. Aus diesem Grunde habe er vorliegenden Antrag eingebracht. Im Anschluss daran erläutert er nochmals im Detail seinen Antrag.

Herr Weber weist darauf hin, dass bei Eingang solcher Anträge die Verwaltung regelmäßig einen Prüfungsauftrag erhalte. Dieser Antrag sei sicherlich von einer gewissen Tragweite, da – wie Herr Sonntag selber ausführe – der nicht ausgebaute Gransbach zum Teil ursächlich sei. Der Ausbau des Gransbaches sei lt. Finanzplan allerdings erst für das Jahr 2006 vorgesehen. Allerdings könne bei dem Ausbau nur die Gefällsituation verändert und angepasst werden. Es seien sicherlich noch andere Maßnahmen erforderlich, die es zu prüfen gelte – insbesondere die Aufnahmekapazitäten des Erlenbaches etc.

Herr Schlein führt bereits gemachte Überlegungen an, die Wasserführung in den Erlenbach zu verändern. Er sieht allerdings die Hauptproblematik in dem Kanal, der von der Straße „Zum Sand“ zum Klärwerk führt. Hier wäre es notwendig, eine neue Entwässerungsführung zu planen. Dies müsse man aber im Detail noch prüfen. Letztendlich seien alle Maßnahmen nur Provisorien und würden durch den Ausbau des Gransbaches in 2006 hinfällig.

Herr Müller moniert die Untätigkeit der Verwaltung, da Gefahr im Verzuge sei. Hier dürfe man nicht auf einen Beschluss der Gremien warten.

Hierauf antwortet Herr Weber, dass bereits vorbeugende Maßnahmen ergriffen worden seien durch den gemeindlichen Bauhof, wie der Einbau eines Einlaufs sowie einer großen Schotteraufwallung „Am Gransbach“. Er verweist darauf, dass eine Verbesserung der Situation erheblich größere Ausmaße annehme, wobei auch die Gemeindewerke sowie der Straßenbaulastträger involviert werden müsse.

Herr Müller beantragt, im Sinne des Antragstellers zu beschließen und die Maßnahmen so schnell wie möglich voranzubringen, da Gefahr in Verzug sei.

Herr Bösking schlägt vor, der Verwaltung einen Prüfungsauftrag zu erteilen mit dem Inhalt, verschiedene Lösungsmöglichkeiten mit einer Sofortmaßnahme sowie Alternativen vom Vollausbau bis zum Provisorium nebst Gesamtkostenermittlung zu erarbeiten. Danach solle im nächsten oder übernächsten Bauausschuss erneut beraten werden.

Beschluss-Nr. Auftrag an Verwaltung.
XII/2/16

Abstimmungs- Einstimmig
Erg.: